

Dringliche Anfrage

Hannover, den 24.01.2022

Fraktion der FDP

Corona-Politik der Landesregierung - wohin geht die Reise?

Am 21. Januar 2022 lag dem Lagebericht des RKI zufolge die Inzidenz der letzten sieben Tage deutschlandweit bei 706,3 Fällen pro 100 000 Einwohner. In Niedersachsen lag sie bei 571,2. Dabei lag nach Auskunft der Landesregierung in der Sitzung des Sozialausschusses am 20. Januar 2021 die Inzidenz in der Altersgruppe der Sechs- bis Elfjährigen bei 948,2 und bei den Zwölf- bis Neunzehnjährigen bei 896,5.

Wie in anderen Ländern der Welt ist der Anstieg der Infektionszahlen auf die Omikron-Variante des Coronavirus zurückzuführen. Allerdings deutet die Entwicklung der Zahlen auch darauf hin, dass sich die Zahlen zwar ähnlich, insgesamt aber nicht in gleichem Maße exponentiell entwickeln, wie es in Ländern, die die Omikron-Welle vor Deutschland erreicht hatte, der Fall war. Hinzu kommt, dass in vielen der Länder, in denen Omikron schon länger die dominierende Variante des Virus ist, die Fallzahlen seit mehreren Tagen deutlich sinken.

Auch lässt sich im Ausland, beispielsweise in Großbritannien, beobachten, dass sich die Zahl der Intensivfälle von der Inzidenz praktisch völlig losgelöst hat. Dies wird zu einem entscheidenden Teil auf die Impfungen zurückgeführt. Laut UKHSA-Report sind im Vereinigten Königreich die 60- bis 64-Jährigen zu rund 90 % doppelt geimpft, bei den Altersgruppen darüber sind es bis zu 95 %.

In Niedersachsen liegt die Quote der doppelt Geimpften in der Altersgruppe der über 60-Jährigen ebenfalls bei über 90 %. Die Impfquote der 18- bis 59-Jährigen liegt in Niedersachsen dagegen bei nur 77,8 %. Hinsichtlich der Frage der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht hatte sich der Landtag im Dezember 2021 für eine allgemeine Impfpflicht nach der Stiko-Empfehlung ausgesprochen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung, anders als vom Landtag beschlossen, sich für eine Impfpflicht ab 18 Jahren einzusetzen?
2. Wann wird das System der Warnstufen wieder in Kraft gesetzt?
3. Wie plant die Landesregierung, die 2G-Regelung für Jugendliche umzusetzen, ohne diese im Vergleich zu Erwachsenen zu benachteiligen?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer